

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEMEDLUNG

AI Index: EUR 25/016/2004 (Public)
News Service No: 328
22. Dezember 2004

Griechenland: Untersuchung der Foltervorwürfe von Asylsuchenden dringend erforderlich

Amnesty International ist entsetzt, dass griechische Polizeibeamte Berichten zufolge eine Gruppe afghanischer Asylsuchender mit Methoden verhört haben, die auch die Folterung von Erwachsenen und Minderjährigen umfassen. In einem Brief an den griechischen Minister für Öffentliche Ordnung Giorgos Voulgarakis fordert die Organisation eine sofortige, gründliche und unparteiische Untersuchung der Vorwürfe. Die Täter sollen vor Gericht gestellt werden.

Wie berichtet wurde, suchten Polizisten in Zivil am 13. Dezember 2004 ein Haus im Athener Gebiet Agios Panteleimonas auf, wo zwischen 40 bis 60 afghanische Asylsuchende und Flüchtlinge wohnten. Die Polizei verlangte Informationen über einen Afghanen, der aus dem Gericht geflohen war, vor dem er wegen illegalen Aufenthalts im Lande stand. Darauf trieb die Polizei alle im Haus Anwesenden, darunter auch Minderjährige, in einem Raum zusammen und soll sie dort geschlagen, einige sogar schwer gefoltert haben. Das Gleiche wiederholte sich in den folgenden Tagen. Einen 17-jährigen Jungen nahmen die Polizeibeamten auf die Polizeiwache mit und folterten ihn dort. Wie der Junge berichtet, wurde er ausgezogen, musste sich dann auf den Boden legen und die Beine spreizen, während ihm eine Schusswaffe an die Schläfe angesetzt und ihm gedroht wurde, man werde ihn umbringen. Den Berichten zufolge soll ein Polizist sogar mit seinem Handy ein Photo davon gemacht haben. Rund 60 Afghanen sollen geschlagen worden sein, nur 30 von ihnen trauten sich aber, sich zu beschweren. Von diesen waren mindestens 17 im Alter zwischen 15 und 17.

„Sie hatten blaue Flecken an Armen und Beinen. Die Schläge wurden mit einem stumpfen Gegenstand verabreicht. Dieses Vorgehen stellt Folter dar. Folter ist jede Handlung, die schweres Leiden verursacht und vorsätzlich aus einem speziellen Grund heraus praktiziert und von den Behörden zugelassen wird,“ sagte Maria Kali, Direktorin des Ärztlichen Zentrums für die Rehabilitation von Folteropfern. Laut Berichten wies ein afghanischer Asylsuchender an seiner Kehle Kratzwunden vom Lauf einer Schusswaffe auf.

„Amnesty International verurteilt solche Misshandlungen in aller Schärfe. Derartige Vorfälle sind um so schlimmer, wenn sie an den verletzlichsten Gruppen der Gesellschaft wie Minderjährigen und Schutzsuchenden begangen werden. Die Richtlinien des UNHCR (UN-Hochkommissars für Flüchtlinge) über die Inhaftierung von Asylsuchenden besagen klar, dass die Bedingungen „human sein und die angeborene Menschenwürde achten“ sollten, wie Marianna Tzeferakou von Amnesty International in Griechenland sagte.

„Von den afghanischen Flüchtlingen sind einige minderjährig. Nach der Definition der UN-Konvention über die Rechte des Kindes, die von Griechenland ratifiziert wurde und daher bindend einzuhalten ist, zählen diese Minderjährigen als Kinder. Der griechische Staat hat für sie eine besondere Fürsorgepflicht,“

sagte Marianna Tzeferakou.

Amnesty International hat schon in der Vergangenheit wiederholt ihre Besorgnis über die Straflosigkeit geäußert, die die griechische Polizei bei Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Misshandlung genießt. Die Gefahr ist mehr als naheliegend, dass solche Praktiken andauern, wenn die griechischen Behörden nicht strikte Maßnahmen ergreifen, damit solche Polizisten für ihre Handlungen zur Verantwortung gezogen werden. Die Regierung hat dafür zu sorgen, dass sie nicht ungeschoren weiter die Menschenrechte verletzen dürfen.

„Griechenland hat das Fakultativprotokoll zum Anti-Folter-Abkommen unterzeichnet und ratifiziert. Die griechischen Behörden sind verpflichtet, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Folterungen zu verhüten. Allen Polizisten sollte die klare und unüberhörbare Botschaft vermittelt werden, dass Folter oder Misshandlungen oder deren Androhung absolut verboten sind,“ sagte Marianna Tzeferakou.

Amnesty International ist über den Status von Asylsuchenden in Griechenland sehr beunruhigt. In diesem speziellen Fall wurde berichtet, dass die Polizei drei Afghanen die Papiere abgenommen und nicht wieder zurück gegeben habe. Es ist davon auszugehen, dass alle betroffenen Afghanen gegenwärtig in Griechenland um Asyl nachsuchen. Viele sind als „Personen ohne Papiere“ in einer äußerst verletzlichen Lage, und sie laufen Gefahr, weiteren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt zu werden.

Auch möchte Amnesty International an dieser Stelle unmissverständlich feststellen, dass die Umstände, die früher Flüchtlingsbewegungen verursacht haben, sich nicht in einer Weise geändert haben, dass die Gastländer davon ausgehen dürfen, Asylsuchende oder Flüchtlinge könnten nun sicher nach Afghanistan zurück geschickt werden. Als europäischer Staat und Vertragsstaat über das Abkommen zum Status von Flüchtlingen muss Griechenland dieser verletzlichen Gruppe angemessenen Schutz gewähren.

Public Document

Dieser Text wurde von Georg Warning aus dem Englischen übersetzt. Verbindlich ist einzig das englische Original. Konstanz, den 24.12.2004

Kontakt: Georg Warning, ai 2337, PF 5329, D-78432 Konstanz, e-mail: ai2337@hotmail.com

For more information please call Amnesty International's press office in London, UK, on +44 20 7413 5566

Amnesty International, 1 Easton St., London WC1X 0DW. web: <http://www.amnesty.org>

For latest human rights news view <http://news.amnesty.org>